

## Mehr Geld für Städte und Gemeinden

Die Stadt Mörfelden-Walldorf hat - wie die meisten Kommunen - ein Einnahmeproblem.

Die hohe Verschuldung der Städte und Gemeinden ist die Folge einer Finanzpolitik des Bundes und der Länder, die große Vermögen, hohe Einkommen, Aktien- und Spekulationsgewinne nicht angemessen besteuert, den Kommunen nicht die notwendigen Mittel bereitstellt, um ihre verfassungsmäßigen Aufgaben erfüllen zu können und die ihnen immer wieder Verpflichtungen zuweist, ohne für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich zu sorgen. Die Forderung nach mehr Geld für die Kommunen ist deshalb unverzichtbar. Unter dem „Schutzschirm“ wurden in unserer Stadt wie in vielen hessischen Kommunen die Grundsteuer B und andere Steuern, Kitagebühren, Eintrittspreise für öffentliche Einrichtungen und Veranstaltungen u.v.a.m. drastisch erhöht. Andere Städte und Gemeinden haben neue Steuern eingeführt und gleichzeitig wichtige Einrichtungen wie Bibliotheken, Bürgerhäuser und Schwimmbäder geschlossen, ohne damit einem „nachhaltigen“ Haushaltsausgleich näher zu kommen. Gestrichene oder aufgeschobene öffentliche Leistungen und Investitionen kommen die Kommunen schon jetzt - erst recht in Zukunft - teuer zu stehen. Es geht an die Substanz. Geringverdiener werden von dieser Entwicklung besonders hart getroffen. Sie werden über ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit hinaus belastet. Nicht

nur ihnen wird die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben erschwert. Die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten vieler Kinder werden weiter eingeschränkt. Wir halten das für den falschen Weg.

Wir weisen jeden weiteren Abbau notwendiger kommunaler Leistungen, immer höhere Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner und weitere Einschränkungen der kommunalen Selbstverwaltung zurück.

Die Stadtverordnetenversammlung von Mörfelden-Walldorf fordert stattdessen:

- Vollständige Entschuldung der Kommunen mit Hilfe des Landes, des Bundes und der Banken ohne die Bevölkerung weiter finanziell zu belasten;
- volle Kostenübernahme aller den Kommunen übertragenen Aufgaben, insbesondere für Bau und Unterhaltung von Kindertagesstätten und die KITA-Betreuung;
- Rücknahme der Kürzungen im kommunalen Finanzausgleich und eine deutliche Erhöhung der Mittel für die Städte und Gemeinden bei der Neuberechnung;
- Sicherstellung der kommunalen Handlungsfähigkeit und Selbstverwaltung durch einen erhöhten Anteil an den Steuereinnahmen.

*Dieser Resolutionsantrag der DKP/LL wurde in der Stadtverordnetenversammlung von SPD, den Grünen, FDP und CDU abgelehnt.*

### Sozialen Wohnungsbau in Eigenregie aufnehmen

... das fordert die DKP/LL seit Jahren im Stadtparlament - vergeblich. Jetzt legte der Magistrat unter dem Betreff „Wohnraumbedarf“ einen Vorschlag zum Bau von Sozialwohnungen und Einfachunterkünften für Asylbewerber vor. Die Anwohner der vorgesehenen Standorte erfuhren davon aus der Presse. Die Mörfelder Feuerwehr meldete aus guten Gründen Bedenken gegen eine Wohnbebauung auf dem früheren Bauhof an. Am Schlichter sollen im „Hausgarten“ des Altenwohnheims 20 Systembau-Module (Container) Platz finden. Dort befürchten die Bewohnerinnen und Bewohner eine Beeinträchtigung ihrer Lebenssituation und den Verlust ihres „Bewegungsraums“. Dass diese Planung noch einmal überprüft und über die Hinweise und Erwartungengesprochen wird, ist richtig und wäre besser schon im Vorfeld passiert.

Es gibt zweifellos „Handlungsbedarf“. Bei fast 300 Bewerbern für Sozialwohnungen und einer Zuweisung von fast 150 Flüchtlingen in diesem Jahr drängt die Zeit. Der Hinweis auf Versäumnisse der Vergangenheit hilft nichts. Wichtig ist, jetzt etwas zu tun. Aber so, dass es für alle Beteiligten Sinn macht. Die Haltung: „Konflikte werden wir haben, egal, wie wir vorgehen.“ überzeugt nicht. Jetzt muss die Stadtverwaltung auf jeden Fall die Gespräche führen, die es vorher nicht gab. Das gilt auch für etwa neu oder erneut zu überprüfende Standorte. Übrigens: Gerade jetzt auf mögliche Wohnbebauung im Wohngebiet „An den Eichen“ zu verzichten, um das Gewerbegebiet Mörfelden-Ost erweitern zu können, halten wir für ein falsches Signal.

(Mehr zum Thema Seite 5)



## **Kämpferisch, originell, phantasievoll und notwendig: Die Streikaktionen der ver.di-Kita-Beschäftigten**

**Bundesweit sind im Mai die Beschäftigten des Sozial- und Erziehungsdienstes in den Streik getreten.**

**Auch in unserer Stadt waren die Kolleginnen und Kollegen auf der Straße. Ziel war auch „die Aufwertung von Frauenberufen“. Es ging den Streikenden um die generelle Anerkennung ihrer Arbeit, die sich auch in angemessener Bezahlung zeigen muss. Dafür erhielten sie von vielen Passanten Zustimmung.**

Der DGB-Ortsverband Mörfelden-Walldorf und die DKP/Linke Liste Stadtverordnetenfraktion überreichten Solidaritätsschreiben. Gerd Schulmeyer und Dietmar Treber hatten Laugen-Gebäck mitgebracht, mit dem Spruch „... wenn ihr mal ausgelaugt seid!“.

In der Erklärung des DGB Mörfelden-Walldorf hieß es u.a.:

*Der DGB-Ortsverband Mörfelden-Walldorf unterstützt den Streik der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsdienst. Wenn heute Erzieher/innen und Sozialarbeiter/innen streiken, hat das gute Gründe. Die Anforderungen an die Beschäftigten haben sich in den letzten Jahren deutlich erhöht, die Bezahlung wird dem in keiner Weise gerecht. Auch in der Bezahlung muss deutlich werden, welche hohe gesellschaftliche Bedeutung die dort geleistete Arbeit hat. Deshalb unterstützt der Ortsverband die Gewerkschaften ver.di und GEW in der aktuellen Tarifaufsetzung. Die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten im Sozial- und Erziehungsbereich ist weiblich, insofern geht es nicht nur um die materielle Anerkennung der in den letzten Jahren deutlich gewachsenen Verantwortung der Beschäftigten, sondern auch um die tarifliche Aufwertung klassischer Frauenberufe.*

*Es ist nicht einzusehen, warum Erzieherinnen für ihre verantwortungsvolle Arbeit mit Kindern weniger verdienen als Facharbeiter in der Industrie. Die gewerkschaftliche Forderung ist klar: Gute Leute, gute Arbeit, gutes Geld. Dafür machen wir Druck. Für allerlei nutzlose Kriegswaffen und Bankenrettungen hat der Staat Geld, bei den Kindern will er knausern.*

Die Stadtverordnetenfraktion der DKP/Linke Liste schrieb u.a.:

*Im Streik für eine Aufwertung eurer Arbeit als Erzieherinnen und Erzieher geht es nicht nur um mehr Geld, sondern auch um bessere Arbeitsbedingungen und mehr Wertschätzung. Die Anforderungen in eurem Beruf sind in den letzten Jahren erheblich gestiegen. Nicht nur die Bezahlung hat damit nicht Schritt gehalten. Deshalb ist euer Streik wichtig, damit die Erzieherinnen und Erzieher ein Gehalt bekommen, von dem sie leben können und das ihrer anspruchsvollen Arbeit entspricht. Nur so wird es auch auf Dauer möglich sein, mehr Nachwuchs zu gewinnen, der die lange Ausbildung durchhält. Die Arbeit in der Bildungseinrichtung KITA braucht mehr gesellschaftliche Anerkennung und eine bessere Finanzausstattung. Wo das Geld der Städte und Gemeinden, die jedes Jahr Millionen für die KITAs aufbringen, nicht ausreicht, stehen Bund und Länder in der Verantwortung und müssen die Kommunen entlasten. Die Elternbeiträge dürfen auf keinen Fall weiter erhöht werden, vielmehr sollten die KITAs als Bildungseinrichtungen kostenlos sein. Eltern und Kommunalpolitiker sind gut beraten, wenn sie darauf hinwirken, dass die kommunalen Arbeitgeber ein ernsthaftes Angebot vorlegen. Wir wollen dazu unseren Beitrag leisten.*



## Musterverfahren wg. Grundsteuer B

Zwei der Klagen gegen die Bescheide zur Grundsteuererhöhung vom letzten Jahr sollen auf Vorschlag des Verwaltungsgerichts Darmstadt jetzt als Musterverfahren bearbeitet werden. Wir sind gespannt auf den Termin.

Norbert Birkwald, Goethestraße 51  
(info@birkwald.de), schreibt dazu u.a.

*... einen kleinen Etappensieg haben wir errungen: mit dem letzten Schreiben des Verwaltungsgerichts Darmstadt an die KlägerInnen gegen die Erhöhung der Grundsteuer B schließt sich RichterIn Wallisch unserem Vorschlag an, ein Musterverfahren zu führen. Die Begründung ist zwar etwas schräg (das Gericht habe zwei Verfahren ausgewählt, in welchen die Kläger anwaltlich vertreten werden. Dies biete „sich vor dem Hintergrund an, dass im Falle eines Rechtsmittels gegen die erstinstanzliche Entscheidung sich die Beteiligten vor dem Hessischen Verwaltungsgerichtshof auf jeden Fall anwaltlich vertreten lassen müssen.“*

(Aus dem Schreiben des Verwaltungsgerichts vom 27.04.2015)

*Es bleibt schließlich den KlägerInnen überlassen, sich in der nächsten Instanz anwaltlich vertreten zu lassen, aber immerhin, es ist ein Verfahrensvorschlag in unserem Sinne. Tatsächlich wird es wohl so sein, dass das Gericht es vorzieht, mit Seinesgleichen zu verhandeln, statt sich mit uns zornigen und aufmüpfigen BürgerInnen auseinandersetzen zu müssen. Das ist mühsam, unangenehm und zeitaufwendig für das Gericht. ...*

*Um sicherzustellen, dass die Musterverfahren auch die erforderliche Aufmerksamkeit und Öffentlichkeit genießen können, empfehlen wir ferner zu beantragen, dass die KlägerInnen frühzeitig über die Terminierung der Musterverfahren unterrichtet werden. Zum einen möchten die KlägerInnen den Verhandlungen beiwohnen, zum zweiten mögen ja auch die WiderspruchsführerInnen, die nicht geklagt*

*haben, daran interessiert sein, wie die Verhandlungen verlaufen werden, zum dritten mögen auch die MieterInnen, die mit der Nebenkostenabrechnung 2014 nun eine entsprechend höhere Abrechnung wegen der Anhebung der Grundsteuer B erhalten haben, wissen, wie die Verfahren geführt werden...*

## ... und wieder keine Anhörung zu Widersprüchen

Einige Bürgerinnen und Bürger haben auch in diesem Jahr Widerspruch gegen den (fortwirkenden) Bescheid zur erhöhten Grundsteuer B eingelegt. Dieser Tage kam ein Schreiben von der Stadt: Auch dieses Jahr wird es keine Anhörungen geben. Offensichtlich will man sich die Argumente und Fragen der Widerspruchsführer nicht anhören. Schade eigentlich.

## Es tut sich was

Wir kümmern uns seit Jahren um das denkmalgeschützte, aber verfallende Fachwerkhaus in der Walldorfer Langstraße 37. Im September 1942 mussten dort die jüdischen Geschwister Max und Sara Reiß ihr Wohnhaus verlassen. Sie wurden enteignet und ins KZ Theresienstadt deportiert. Hier starben sie kurz darauf.

„Ein Schandfleck mitten im Ort“, schreibt jetzt der Förderverein für jüdische Geschichte. Er fordert, dass vor Ort an das Schicksal der beiden Walldorfer erinnert werden muss, auch wenn das alte Haus abgerissen werden sollte.

Auch die Junge Union setzt sich für den Erhalt des Reiß-Hauses ein. Sie fordert den Magistrat auf, sich für den Erhalt des ehemaligen Hauses der Geschwister Reiß einzusetzen.

Es wäre sicher nützlich, wenn sich interessierte Bürgerinnen und Bürger zusammensetzen und beraten, wie das Haus zu retten ist. Phantasie und Bürgersinn sind gefragt.

## Neues von den Schutzschirmis



## Die Schutzschirm-Jongleure mit neuem Programm:

Als Sparmaßnahme zur „Haushaltskonsolidierung“ wird der Walldorfer Grillplatz geschlossen und zurückgebaut.

Der „Kreis der Musikfreunde“ geht in Zukunft leer aus. Klassisches Kulturangebot wird beendet.

Am Waldschwimmbad soll es Parkscheinautomaten geben.

In den Büchereien kommt eine Ausleihgebühr.

Die Stadtwerke sollen eine jährliche Konzessionsabgabe von 150.000,- € erwirtschaften, die dem städtischen Haushalt zugeführt werden sollen. In der Vergangenheit blieb dieses Geld der Gebührenzahler im Eigenbetrieb. Wie sich dieser geplante Haushaltsposten auf die Wassergebühren auswirkt, ist noch unklar.

**Herzlichen Dank allen,  
die dem „blickpunkt“  
helfen:**

Unser Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau,  
DE37 5085 2553 0009 0034 19

# NIE WIEDER FASCHISMUS NIE WIEDER KRIEG



Am 3. Mai 2015 wurde in Mörfelden neben der evangelischen Kirche eine Gedenkstätte vorgestellt. Wo damals das Rathaus stand, steht jetzt ein ungewöhnliches und sehr informatives Denkmal für die in der Nazizeit politisch verfolgten Bürgerinnen und Bürger. Die Stadthistorikerin Cornelia Rühlig erläuterte gemeinsam mit Angehörigen der politisch Verfolgten die Inhalte des Denkmals, der Bürgermeister begrüßte die Gäste, Bodo Kolbe ergänzte die Veranstaltung musikalisch. Rudi Hechler im Schlußwort: „Hoffen wir, dass diese Stätte ein Lernort für Schulklassen und Familien wird. Eine Gedenkstätte, hinter der viele Bürgerinnen und Bürger stehen und auf die sie achtgeben. Es ist wichtig, dass wir hier jetzt auch an die politische Verfolgung erinnern. Nichts und niemand soll vergessen sein.“

Diese Gedenkstätte soll helfen nachzudenken und zum Handeln anregen. Natürlich hören wir immer noch: „... lasst die alten Geschichten ruhen!“ Es gibt aber viele Gründe die Geschichten weiterzugeben - vor allem auch an Kinder und Enkel.

Bertolt Brecht schrieb: „Lasst uns das tausendmal Gesagte immer wieder sagen, damit es nicht einmal zu wenig gesagt wurde!“

## Ein langer Weg

Es ist gut, dass es in unserer Stadt eine beispielhafte Geschichtsarbeit gibt. Von der ersten Initiative bis zur Realisierung ist der Weg manchmal lang. Auch die neue Gedenkstätte wurde in einem Antrag der DKP/Linke Liste zur Stadtverordnetenversammlung im September 2008 vorgeschlagen und zunächst abgelehnt. Es folgten dazu viele weitere Initiativen und eine aktive Mitarbeit von DKP-Mitgliedern bei der Vorbereitung und Ausgestaltung der Gedenkstätte.

Die Gedenkstätte ist anregend und wichtig für das Erzählen unserer Geschichte. Natürlich kann man nicht alles zeigen, aber vieles kann man hier nachlesen und weiter erzählen. Manche können sich nicht genau vorstellen, wie das damals war. Nehmen wir das bewegende Foto auf der Gedenkstele. Der kleine Ernst steht auf dem Tisch mit einer Schiefertafel mit Grüßen an den Papa. Papa war „Moorsoldat“. Vier Mörfelder waren in den Moorlagern. In der ganzen Welt kennt man heute das Lied der Moorsoldaten. Hier heißt es: „Heimwärts, heimwärts! Jeder sehnet sich nach Eltern, Weib und Kind. ...“ und im letzten Vers: „Doch für uns gibt es kein Klagen ewig kanns nicht Winter sein, einmal werden froh wir sagen: Heimat du bist wieder mein.“ Bei den Dokumenten, auf den Tafeln zu sehen, sind auch Haftzeiten genannt. Zu lesen: 5 Jahre, sechs Jahre, ... und einige kamen überhaupt nicht mehr zurück aus Zuchthaus und KZ. Man wollte sie brechen, die stolzen Maurer, Weißbinder, den Schmied und andere Handwerker aus Mörfelden.

Meist waren sie in der KPD organisiert und kamen aus einem Dorf, das gerade erst einen kommunistischen Bürgermeister gewählt hatte. Das alles wollen wir nicht vergessen! Es ist deshalb wichtig, dass es in unserer Stadt eine gute Geschichts- und Erinnerungskultur gibt. Es ist wichtig, dass wir hier jetzt an die politische Verfolgung erinnern. Nichts und niemand soll vergessen sein.

Achtgeben müssen wir auch auf die politische Entwicklung.

In seiner Kriegsfiabel schrieb Brecht 1955 unter ein Hitler-Bild:

Das da hätt einmal fast  
die Welt regiert.  
Die Völker wurden seiner  
Herr.

Jedoch  
Ich wollte, dass ihr nicht  
schon triumphiert:  
Der Schoß ist fruchtbar noch,  
aus dem das kroch.



**Internationale  
Solidarität  
statt  
Ausgrenzung und  
Abschiebung**

Ich habe viele Väter.  
Ich habe viele Mütter,  
ich habe viele Schwestern  
und ich habe viele Brüder.  
Meine Väter sind schwarz  
und meine Mütter sind gelb  
und meine Brüder sind rot  
und meine Schwestern  
sind hell.  
Ich bin über  
zehntausend Jahre alt,  
und mein Name ist Mensch !

Songtext „Ton Steine Scherben“

Wir dürfen die Augen nicht zumachen. Es werden weitere Flüchtlinge kommen. Man muss ihnen helfen! Sie werden auch nach Mörfelden-Walldorf kommen. Auch hier gilt: „Ja, wir müssen helfen!“ Viele unterstützen diese Aussage. Gleichzeitig hört man dann aber oft: „Aber doch nicht in unserer Nachbarschaft!“ So gibt es bei uns Diskussionen um die Pläne der Stadt, Wohncontainer an der Altenwohnanlage Heidelberger Straße 4 aufzustellen. Viele Argumente der Bewohner sind dabei ernst zu nehmen. Wichtig ist vor allem auch, zu kritisieren, dass es nicht geht, wenn Betroffene von den Vorhaben erst durch die Presse erfahren. Hier gibt es ernst zu nehmende Fehler und Versäumnisse im Rathaus. Dort aber laviert man. Klare Aussagen sind nicht zu hören, dafür aber eigenartige Bürgermeisteraussagen wie „Die alten Bäume im Garten wolle man möglichst erhalten und auch der kleine Teich soll nicht komplett aufgefüllt werden.“

Wenn keine Wohnungen schnell zur Verfügung stehen, müssen Container-Lösungen möglich gemacht werden. Wir wünschen die genaue und schnelle Prüfung von möglichen Standplätzen in Mörfelden-Walldorf. Und wichtig ist auch, dass die Stadt energisch Unterstützung und finanzielle Hilfe fordert. Hier darf man sich nicht abweisen lassen!

Geld ist genug da! Fakten: Die Rettung der Bank Hypo Real Estate hat die deutschen Steuerzahler um die 20 Milliarden Euro gekostet, 1,2 Milliarden bekommt die Bundeswehr 2016 zusätzlich und für zwei Tage G7-Gipfel werden 110 Mio. Euro verbraucht. Niedriger Ölpreis und Euroschwäche bescheren den öffentlichen Haushalten 2015 und 2016 je 20 Milliarden Euro Überschuss. Nur die Kommunen lässt man hängen.

## Solidarisch denken und handeln - wir können es

Jeder kennt die Bilder. Kinder in Flüchtlingslagern, barfuß im Schneematsch. Brennende Städte, Kinder mit großen Augen vor Ruinen... und immer wieder Meldungen über untergegangene Flüchtlingsboote und die Zahl der Toten, die wächst und wächst. Natürlich gibt es Mitgefühl bei uns.

Auch hier hört man Gespräche wie, „ich denke bei den Bildern im Fernsehen immer auch an unsere eigenen Kinder“.

Aber auch: „Wir können doch nicht die ganze Welt retten.“ Diese Welt, mit den verbrecherischen Gegensätzen von „superreich“ und „bettelarm“. Diese Welt, in der man mit Bomben und Raketen auf Libyen und den Irak erst die Voraussetzung für die IS-Kriege, für Hunger und Chaos geschaffen hat. Diese Welt ist so nicht zu retten. Sie muss verändert werden.

Wir selbst aber können vor Ort ein wenig dafür tun und uns erinnern. Auswanderung, Emigration gab es auch in unserer Geschichte.

1699 kamen die ersten Waldenser. Es waren Glaubensflüchtlinge.

Um 1763 wanderten viele Deutsche nach Russland aus. Sie wurden angeworben, sahen in ihrer Heimat keine Zukunft mehr.

Um 1820 gab es Auswanderer in die USA.

In der Zeit des Naziregimes (1933-45) waren viele deutsche Flüchtlinge und Emigranten froh, irgendwo unterzukommen. Darunter Juden, Antifaschisten, viele Künstler.

... und 1945, nach einem deutschen Angriffskrieg, bekamen wir die Quittung. Flüchtlinge, Vertriebene, Umsiedler aus dem Osten wurden aufgenommen, fanden hier eine Heimat. Die Aufnahme dieser Menschen war nicht einfach. Gemeinsam wurde es geschafft. Wir können es! Wir dürfen nicht über Humanität reden, wir müssen Humanität leben.

Ist das zu teuer? Man muss es einfach immer wiederholen: Das alles würde einen Bruchteil der Bankenrettung oder der Bundeswehr kosten. Es zu unterlassen, das wäre die eigentliche

„humanitäre Katastrophe“. Es wäre ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Aber Asylbewerber sind zu teuer - sagen manche. Vergessen wird zu sagen: Wenn wir keine Einwanderung haben, wird es später keine halbwegs vernünftige Rente mehr geben

„Es kommen immer mehr. Und alle wollen zu uns!“ Solche Vorurteile sind in den Köpfen verankert. Sie finden sich in Studien, Presseveröffentlichungen und Reden von Politikern.

Er wolle „die Kosten für Asylbewerber eindämmen“, sagte Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) im Oktober 2012. Wenn etwas eingedämmt werden muss, bedeutet das: Etwas ist aus dem Ruder gelaufen, ein Missstand herrscht. Eine Seuche kann eingedämmt werden oder ein über die Ufer getretener Fluss.

Heribert Prantl schrieb in der Süddeutschen Zeitung am 29.8.14: „Europas Politiker waschen sich ihre Hände in Unschuld – in dem Wasser, in dem die Flüchtlinge ertrinken.“

Viele Probleme, viele alte und neue Aufgaben. Auch in unserer Stadt. Wir müssen nachdenken und handeln. Und helfen. Wir können es! rh

## Die Ablehner

In der Opposition ist man manches gewöhnt. Wir haben trotzdem viel erreicht. Viele Initiativen wurden von uns durchgesetzt - und manchmal tauchten abgelehnte DKP-Initiativen bei anderen Fraktionen wieder auf.

Zum Haushaltsplan 2015 hatte die DKP/LL-Fraktion 11 Anträge gestellt.

Man hat es sich einfach gemacht - man hat die Mehrheit - und weg waren sie und andere Anträge. Demokratie ist eigentlich was anderes.

### Abgelehnt

wurde der Antrag der DKP/LL-Fraktion Resolution - Mehr Geld für Städte und Gemeinden. (s. bp-Titelseite)

### Abgelehnt

wurde der Antrag, die Stelle des hauptamtlichen Ersten Stadtrats mit einem kw-Vermerk („künftig wegfallend“) versehen.

*Zur Begründung hatte die DKP/LL u.a. geschrieben: „Wenn es bei der Haushaltssanierung unter dem „Schutzschirm“ auch um Einsparungen beim Personal geht, gilt aus unserer Sicht der Grundsatz: „Die Treppe wird von oben gekehrt.“*

### Abgelehnt

wurde der Antrag, die Stelle des Mitarbeiters WiFö/Stadtmaking mit einem kw-Vermerk versehen.

Dazu hatten wir u.a. gesagt: *„Da Bürgermeister und Stadtkämmerer im Rahmen der Schutzschirmvereinbarungen zum Haushaltsausgleich zunehmend offener von Personalabbau sprechen, halten wir es für angebracht, auf aus unserer Sicht verzichtbare Stellen hinzuweisen.“*

### Abgelehnt

wurde der Antrag Mittel für den „Bürgerhaushalt“ streichen. Dazu hatten wir unter anderem betont: *„Die Einwohner können sich auch ohne eine „Bürgerbeteiligung als Geschäftsidee“ jederzeit mit Vorschlägen, Anregungen, Kritik und guten Ideen an die Stadtverordneten, Fraktionen und die Verwaltung wenden.“*

### Abgelehnt

wurde der Antrag: Mehr für bezahlbaren Wohnraum tun - Sozialen Wohnungsbau in Eigenregie aufnehmen.

*Wenigstens soll jetzt die Gründung einer Städtischen Wohnungsbaugesellschaft geprüft werden.*

### Abgelehnt

wurde der Antrag, die Grundsteuer B auf 430% senken.

*SPD und Grüne halten am Hebesatz von 595% fest.*

### Abgelehnt

wurde der Antrag: Sozialbericht 2014/15 für die Stadt Mörfelden-Walldorf vorlegen.

*Angekündigt wurde die Vorlage eines Berichts der Verwaltung im Juli.*

### Abgelehnt

wurde der Antrag: Bericht zum Sanierungsbedarf der kleinen Sporthalle am Festplatz Mörfelden vorlegen.

*Der Bürgermeister teilte mit, dass dort nur noch das Allernotwendigste getan wird.*

### Abgelehnt

wurde der Antrag: Lärm vermeiden - Umwelt schonen - Kein Einsatz von Laubbläsern/-saugern in unserer Stadt.

### Abgelehnt

wurde der Antrag: Bericht zum Denkmalschutz - Natur- und Kulturdenkmäler präsentieren und Denkmalliste erweitern.

### Fast abgelehnt

Zum Antrag der DKP/LL-Fraktion *Bushaltestelle am Krankenhaus Rüsselsheim einplanen* wurde einstimmig beschlossen:

*„Der Magistrat wird gebeten, die LNVG prüfen zu lassen, ob die Buslinie 752 aus Walldorf und Mörfelden kommend einen Haltepunkt am Krankenhaus Rüsselsheim einrichten kann. Insbesondere die Anzahl der Fahrgäste sowie mögliche Kosten sollen dargestellt werden.“*

Bei der Bewertung des Haushalts 2015 zog Gerd Schulmeyer für die DKP/LL-Fraktion das Fazit:

*„Der Stadtkämmerer und die SPD/Grüne Koalition folgen mit dem vorgelegten Haushalt den Vorgaben der Landesregierung und des RP. Soziale Belange und die Bedarfe der Bevölkerung geraten zunehmend ins Hintertreffen.*

*Die Belastung durch Steuern, Gebühren und Beiträge wird weiter erhöht.*

*Die Arbeitssituation der städtischen Arbeiter und Angestellten wird durch Stellenabbau und Wiederbesetzungssperren verschlechtert. Wir lehnen diesen Haushalt ab.“*

Auch unseren anderen Anträgen erging es nicht besser:

### Abgelehnt

wurde der Antrag, unverzüglich einen Bericht zur Situation des Altenhilfezentrums vorzulegen.

### Abgelehnt

wurde auch unser Antrag, der Stadtverordnetenversammlung unverzüglich einen Bericht zur Zukunft des Ärztehauses vorzulegen.

### Abgelehnt

wurde ebenso der Antrag, dazu jeweils einen Akteneinsichtsausschuss einzusetzen.

*Wir kommen darauf zurück.*

# Kein Terminal 3 Nachtflugverbot von 22 bis 6 Uhr



## Mitglieder des Aufsichtsrats, die für den Bau von Terminal 3 gestimmt haben:

Karlheinz Weimar, Finanzminister a.D.; Gerold Schaub, ver.di; Claudia Amier, Betriebsrat; Devrim Arslan, Betriebsrat; Uwe Becker, Stadtkämmerer Frankfurt; Hakan Cicek, Betriebsrat; Peter Gerber, Lufthansa Cargo; Dr. Margarete Haase, Deutz AG; Lothar Klemm, Staatsminister a.D.; Dr. Roland Krieg, Fraport AG; Michael Odenwald, Staatssekretär; Mehmet Özdemir, Betriebsrat; Arno Prangenberg, Wirtschaftsprüfer; Hans-Jürgen Schmidt, komba Landesgewerkschaft Hessen; Werner Schmidt, Betriebsratsmitglied; Edgar Stejskal, Konzern-Betriebsrat; Prof. Dr.-Ing. Katja Windt, Professorin Bremen.

## Dubai überholt Heathrow

Dubai ist als internationales Drehkreuz für Flüge mittlerweile weltweit die Nummer Eins. Laut Airport Council International stiegen im vergangenen Jahr am Flughafen von Dubai mehr Passagiere zu internationalen Flügen ein und aus, als in Heathrow. Allerdings hat der Londoner Airport zudem noch eine hohe Anzahl an Inlands-Passagieren. Zählt man diese mit, liegt Heathrow vor Dubai, davor kommen allerdings noch Atlanta und Peking. Mit London Gatwick befindet sich zudem ein weiterer Flughafen der Metropolregion auf Platz zwölf. Deutschlands größter Flughafen, Frankfurt, ist an Position sieben zu finden, München an Position 14. Der erste amerikanische Flughafen ist New York auf Position 17.

Da kann Fraport mitsamt seinem „kooperativen“ Aufsichtsrat noch so strampeln: die in Dubai haben halt mehr Platz, während wir in einem dichtbesiedelten Ballungsgebiet leben.

Bei der SPD-Jahreshauptversammlung jammerte Ortsvereinsvorsitzender Werner Schmidt „Wir haben schon bessere Zeiten erlebt.“ Er beklagte die „prekäre Finanzsituation“ der Stadt und sie müssten die unbeliebte Sparpolitik vertreten und sich viel Kritik anhören. Da wäre es doch besser, die SPD würde gegen das unbeliebte CDU-Umverteilungsprogramm - auch Schutzschirm genannt - öffentlich auftreten. Macht sie aber nicht.



Dann aber klagen, „Wir haben Schwierigkeiten bei der Listenaufstellung!“ Klar, die Personaldecke ist überall dünn. Aber diese „Schwierigkeiten“ hat sich die SPD selbst eingebrockt. Dann faselt er noch: „Am rechten und linken Rand tauchen Rattenfänger mit billigen Rezepten auf.“

Da muss man doch mal fragen: Wen meint er? Wer sind z.B. die „linken Rattenfänger“? Oh, Werner.

Oft hören wir:

### Der „blickpunkt“ wird immer wichtiger!

Das freut uns und es macht Mut, dieses alternative linke Zeitungsprojekt zu erhalten.

Wir schreiben und gestalten die Zeitung selbst, bemühen uns um ein ordentliches Layout, lassen monatlich 15.000 Exemplare drucken und verteilen in einem großen Kraftakt die Zeitungen selbst. Finanziert wird der „blickpunkt“ durch Spenden, die wir erhalten und über die wir uns sehr freuen. Der größte Teil unserer Ausgaben wird von unseren Stadtverordneten getragen, die ihre Sitzungsgelder für diese Öffentlichkeitsarbeit spenden.

Das heißt aber auch: Die linke Opposition DKP/LL muß im Stadtparlament vertreten sein. Ohne Stadtverordnetenfraktion wird es keinen „blickpunkt“ geben.

Helft, dass er weiter erscheinen kann.

Unser Spenden-Konto:  
Kreissparkasse Groß-Gerau,  
IBAN: DE37 5085 2553 0009 0034 19

## Aus der DKP/LL-Fraktion

Thomas Wilker (32), Informatiker, ist für die aus beruflichen Gründen verzogene Fraktionskollegin Helga Fritz als Stadtverordneter der DKP/Linke Liste und Vertreter im Planungs- und Bauausschuss nachgerückt.



## Schrebergarten gefunden

Im März-„blickpunkt“ hatten wir eine „Suchanzeige“ veröffentlicht. Ein junges Paar aus Mörfelden suchte einen kleinen Schrebergarten zu pachten. Ein „blickpunkt“-Leser konnte helfen. Auch wir bedanken uns herzlich.

# Stadtgeschichten



Oft sieht man an alten Fotos, wie sich so manche Stadtviertel oder Straßenzüge innerhalb weniger Jahrzehnte total verändert haben. So zeigt das heutige Bild einen idyllischen Abschnitt im Unterdorf von Mörfelden. Wir sehen das Mühlpfädchen und einen Teil des Gerätsbachs, den man dort - nach der Mühle in der Brückenstraße - „Mühlbach“ nannte, von der Langgasse neben dem früheren Gasthaus „Zum Wiesental“ (Bachdickhaut) bis zur Brückenstraße. In früheren Jahren badeten im Sommer oft die Kinder dort (s. kl. Foto). Anfang der 1970er Jahre wurde dieses Stück verrohrt und es entstand die heutige Straße „An der Unterpforte“. Das dort gelagerte Stammholz (siehe Foto rechts) gehörte Schreinereien und Wagnerbetrieben aus Mörfelden und Umgebung. Diese hatten die Stämme im Waldersteigert und lagerten sie



dort, bis der Müller sie in seinem Sägewerk zu Brettern schnitt. Die Müller Appel - es waren drei Generationen: früher der Christian, später sein Sohn Wilhelm und zum Schluss der Enkel Willi - waren immer abhängig vom Wasserstand des Mühlbachs. Wenn dieser bei Trockenheit wenig Wasser führte, hatte der Müller das Recht, den einige hundert Meter entfernt verlaufenden Hegbach durch eine Schleuse anzupfropfen und das Wasser über Gräben zum Bach zu führen. Diese Stelle am Hegbach, heute etwa im Bereich des Wasserwerkes, nannte man in Mörfelden „Das Dohlsche“. Das Wasser lieferte die Kraft, das große Mühlrad zu drehen und somit die Mühle am Laufen zu halten. Die Mühle war wiederum für die vielen Mörfelder Klein- und Nebenerwerbslandwirte wichtig, damit ihr mühsam geerntetes Getreide in Mehl und Schrot verwandelt wurde. Außerdem befand sich neben der Mühle das vom gleichen Mühlrad angetriebene Sägewerk.

## Veranstaltungen im Kulturbahnhof Mörfelden



# KuBa

**TTIP – Freihandel FÜR WEN, und noch schlimmer: WIE?**  
Eine Veranstaltung des BUND mit Uwe Hirsch  
Mittwoch, 10.06.2015, 20 Uhr - Eintritt frei

**Ri-Ra-Rost-Café**  
Mittwoch, 17.06.2015, 14:30 Uhr – 17:30 Uhr - Eintritt frei  
Diesmal: Wir basteln zum Sommer.  
Weitere Informationen: Miryam Chereil 06105/27 63 63

**Das Vinyl wird gerettet**  
Donnerstag, 18.06.2015, 20 Uhr - Eintritt frei

**Welcome Summer!**  
Grillen mit Marc und Mark  
Samstag, 20.06.2015, 17 Uhr - Eintritt frei

**Quiz**  
Freitag, 26.06.2015, 20 Uhr - Eintritt frei

**Strickstickkick**  
Samstag, 27.06.2015, 18 Uhr - Eintritt frei

**Das erste Krimi-Dinner im KuBa:  
Erlesen essen und mitraten**  
Samstag, 27.06.2015, 20 Uhr  
Eintritt: € 17,- / € 12,- (ermäßigt)  
Vorverkauf im KuBa und im Bahnhofs-Bistro  
vom 1.-22.6.2015

**Spieleabend**  
Dienstag, 30.06.2015, 20 Uhr - Eintritt frei

## Unser Lexikon

### Schbrisch

E jung Fraa  
unn e ald Haus -  
do hodd mer  
veel zu duu.